

Eupen, den 26.04.2021

Rede

(20-21)-Zwischenbericht Sonderausschuss

- Es gilt das gesprochene Wort -

Meine Damen und Herren,

die Anhörungen im Sonderausschuss waren teilweise sehr interessant, aber sie sind nur ein Anfang. Denn wenn wir unserem Auftrag gerecht werden wollen, dann müssen wir in die Tiefe gehen und auch Personen einladen, welche Kritik an der Regierung üben und die Maßnahmen als unverhältnismäßig erachten. Nur so können wir uns ein genaues Bild machen.

Nur der Regierung auf die Schulter klopfen, indem wir hervorheben, dass sie u.a. schnell und unkompliziert den betroffenen Einrichtungen logistisch zur Seite stand, reicht nicht aus.

Ja, die Regierung wurde auch seitens der Einrichtungen gelobt, dies will ich nicht verneinen; es gab aber auch sachliche Kritik, welche wir seriös nehmen sollten.

So wurde von den Vertretern des Unterrichtswesens die Kommunikation zwischen Regierung und Einrichtungen kritisiert.

So heißt es in einer Stellungnahme zur Situation der Kindergärten und Primarschulen auf die Frage „Wie beurteilen Sie aus Ihrer Sicht die Zusammenarbeit mit Kaleido, dem Ministerium und der Regierung der DG?“

Ich zitiere:

„In der ersten Phase waren Vorgehensweisen unklar. Unterschiedliche Handhabungen und Informationen zu Quarantäne- und Krankheitsfällen haben in den Schulen für viel Unsicherheit und vor allem Arbeit und Stress gesorgt.“

Weiter heißt es:

„Was die Zusammenarbeit mit der Regierung angeht, ist die Bilanz durchwachsen. In der ersten Phase der Pandemie hat es immer wieder einen regen Austausch mit dem Bildungsminister gegeben. Gemeinsam haben Kabinett, Schulträger und Schulleiter nach Lösungen gesucht. Selbst wenn Vorschläge abgelehnt wurden, hatte man das Gefühl, ernst genommen zu werden. [...] Mittlerweile ist der Austausch spärlicher. Der Dialog scheint generell nicht mehr so offen. Finden Versammlungen statt, sind die Zielsetzungen im Vorfeld nicht klar definiert. Die Akteure werden eher informiert als konsultiert und es macht sich eine gewisse Resignation breit.“

Meine Damen und Herren,
ich könnte auch noch andere Aussagen zitieren,
denn man spürte in den Anhörungen, dass verschiedene Einrichtungen enttäuscht über die Kommunikation der Regierung und den Ablauf waren, und gerade die Schulleiter waren einer enormen Belastung durch das ständige Ändern der Maßnahmen ausgesetzt.

Die Kollegen werden sicherlich Passagen finden, indem die Zusammenarbeit der Regierung lobend hervorgerufen wird – ja, die gibt es – aber es gibt beides und dies in verschiedenen Bereichen und dies sollte nicht unerwähnt bleiben.

Denn man sollte auch zwischen den Zeilen lesen und zuhören. Die meisten Einrichtungen sind auf die Regierung angewiesen und entsprechend spärlich kommt Kritik. Hinter den eben erwähnten Aussagen steckt wahrscheinlich viel mehr.

Auch heißt es:

„Allerdings stellen die Schulen fest, dass die Kinder Wissens- und Kompetenzlücken haben. Vor allem in den unteren Jahrgängen haben sich Niveauunterschiede verschärft. Die größten Probleme zeigen sich allerdings im sozio-emotionalen Bereich.“

Meine Damen und Herren,
es wurde sehr deutlich in den Anhörungen, dass die Auswirkungen der Maßnahmen für breite Bevölkerungsgruppen gravierend waren und sind und noch sein werden.

Wenn wir das Beispiel des Jugendsektors nehmen, wo die Vertreter teilweise sehr emotional geschildert haben, wie sich die Betroffenen in der von oben herab diktierten Isolation fühlen, dann bekommt man im Ansatz einen Eindruck davon, was die Maßnahmen für die Psyche der Menschen bedeuten.

Es würde Jahre brauchen, alles wieder halbwegs ins Lot zu bringen.

Und deshalb muss die Frage gestellt werden: Waren die Maßnahmen verhältnismäßig – und was wäre und was ist die Alternative.

Auch dieser Aufgabe muss sich der Sonderausschuss stellen.

Kolleginnen und Kollegen,
seit mehr als 14 Monaten sind wir im Krisenmodus.
Permanente Angst wurde und wird verbreitet.
Sachlicher Kritik an den Maßnahmen, möchte man sich nicht stellen.
Aber warum?

Sie finden am Ende des Zwischenberichts eine Auflistung der Fragen und Interpellationen zum Thema Corona, welche hier im Hause im vergangenen Jahr an die Regierung gestellt wurden. Mein Dank gilt der Ausschussbetreuerin, welche diese herausgesucht hat. Generell möchte ich mich an dieser Stelle bei der Ausschussbetreuerin für ihre Arbeit im Ausschuss bedanken.

Auffallend ist, dass verschiedene Antworten der Regierung, insbesondere auf unsere Fragen, sehr dürftig ausfallen. Man spürt, dass verschiedene Regierungsmitglieder kein Interesse daran haben, sich mit einer alternativen Herangehensweise auseinanderzusetzen.

Ich weiß nicht warum, und ich kann es einfach nicht verstehen.

Wir befinden uns in der größten Krise der vergangenen Jahrzehnte, und eigentlich sollte man alle Hebel in Bewegung setzen und versuchen, das bestmögliche zu tun, für alle – um die Auswirkungen der Krankheit, aber auch der Maßnahmen zu ergründen und nach Alternativen zu forschen denn nach mehr als 14 Monaten kann man dies erwarten.

Meine Damen und Herren,
der stellvertretende Leiter der Abteilung für Anästhesie und Intensivpflege des CHC Lüttich und Mitglied des medizinischen Beirats des CHC, Dr. Olivier Lhoest, hat vor Kurzem ein sehr eindrucksvolles Statement veröffentlicht.

Er schreibt – ich zitiere frei übersetzt:

"Mit diesem Artikel schließe ich meine Serie "Keiner ist so blind wie der, der nicht sehen will."
Ich beginne und beende diesen Freibrief meiner Beobachtungen zu dieser Gesundheitskrise mit einem Zitat von Einstein, das einer der Gründe für mein Schreiben ist: "Die Welt wird nicht von denen zerstört, die Böses tun, sondern von denen, die zusehen, ohne etwas zu tun."

Er geht zuerst auf die Rolle der Medien ein und schreibt:

"Die Medien warfen den Zuhörern, Lesern oder Zuschauern ohne jeden Bezug Zahlen entgegen, filmten ungefiltert Orte wie Intensivstationen, die für Uneingeweihte gruselige Orte sind, in der Pandemie wie in normalen Zeiten, mit dem einzigen Zweck, Angst zu erzeugen."

Dann geht er auf die Auswirkungen für Krankenhäuser und Hausärzte ein:

"Diese schillernde Sichtweise auf die Pandemie hat dazu geführt, dass ein großer Teil der Bevölkerung Maßnahmen akzeptiert, ohne auch nur eine einzige Frage zu stellen. Diese Politik des Managements der Pandemie durch Angst, die von unserer Regierung entwickelt, von Teilen der Medien unterstützt und von unseren berühmten "Experten" mit einem kleinen Lack der Wissenschaft überzogen wurde, ist die einzige Antwort, die der Staat uns zu bieten hat.

Wir haben keine Politik gesehen, die die Krankenhäuser deutlich unterstützt und die Eröffnung neuer Wiederbelebungsbetten.

In ähnlicher Weise haben wir eine totale Negierung der zentralen Rolle gesehen, die Hausärzte bei der täglichen Bewältigung dieser Krise mit ihren Patienten hätten spielen können und sollen."

Dann schreibt er zu den Experten der Regierung:

"Dieser alleinige Fokus auf das Virus und seine Übertragung ist das Werk unserer "Experten". Wer sind die Menschen, die zum Zeitpunkt einer Pandemie ohne besondere Probleme ihre Krankenhäuser verlassen können, um permanent im Fernsehen zu erscheinen? Dies ist die grundlegende Frage, die sich Journalisten und unsere Regierungen hätten stellen müssen. Durch die Bevorzugung extremistischer Virologen beraubten sich unsere Entscheidungsträger des gesunden Menschenverstandes und des breiten multidisziplinären Fachwissens."

Auch spricht er die unverhältnismäßigen Maßnahmen an und den PCR Test. Hierzu schreibt er:
"In Wirklichkeit ist es mit dieser Technik nicht möglich, zwischen krank und asymptomatisch, kontaminiert oder nicht kontaminiert, alter oder neuer Kontamination zu unterscheiden. PCR-Tests wurden noch nie zur Überwachung einer Pandemie eingesetzt, daher gibt es keine frühere Referenz, um einen Standard festzulegen."

Auch mit dieser Meinung steht er nicht alleine: In Forscherkreisen ist der PCR Test höchst umstritten.

Auch spricht er sich für die Einbeziehung der Allgemeinmediziner ein und fordert schlussendlich ein Zurück zum normalen Leben.

Meine Damen und Herren,
wir sind keine Experten, keine Virologen und keine Mediziner. Keiner von uns. Deshalb sollten, ja müssen wir uns mit solchen Aussagen auseinandersetzen um zu ergründen, was richtig und was falsch gelaufen ist.

Und seine Aussagen decken sich mit zahlreichen anderen Aussagen von führenden Medizinern und Forschern aus ganz Belgien. Und dies liest man nicht erst seit gestern, sondern seit Beginn der Krise gab es diese Stimmen.

Und auch wurden Alternativen aufgezeigt.

Aber warum haben die Regierenden dies vehement abgelehnt mit diesen Fachleuten eine offene Diskussion zu führen?

Ich verstehe es nicht.

In meiner ersten Rede hier in diesem Hause, vor mehr als 11 Jahren, haben ich eine Aussage von Richard von Weizsäcker zitiert:

"Demokratie lebt vom Streit, von der Diskussion um den richtigen Weg. Deshalb gehört zu ihr der Respekt vor der Meinung des anderen."

Und ich möchte heute dieses Zitat noch einmal hervorheben, denn seit mehr als einem Jahr ist dieser Streit, das Ringen um den richtigen Weg, ausgesetzt.

Wenn es um das Thema der Corona-Maßnahmen geht, gibt es nur ein dafür oder ein dagegen, aber gerade diejenigen die dazwischen liegen, die Erfahrungen im Bereich Forschung und Medizin haben – gerade diese Fachleute sollten wir anhören, um uns selbst ein besseres Bild zu machen.

Es gibt sehr sachliche Beiträge von führenden Medizinern in unserem Lande, welche die Regierung im Umgang mit der Pandemie scharf kritisieren und ein Umdenken fordern.

Gut ist, dass verschiedene Pressevertreter diesen Medizinern, auch wenn ihre Aussagen sehr abweichend von der Meinung der Regierung sind, doch einen gewissen Raum geben.

So gab es am 31. März einen sehr objektiven Bericht im RTBF über die Vereinigung covidrationnel: Eine Gruppe von belgischen Forschern und Medizinern, die "eine offene und alternative Vision" vorschlagen will.

Ein lesenswerter Artikel.

Ich zitiere, frei übersetzt einige Aussagen, empfehle Ihnen aber, sich den ganzen Artikel durchzulesen:

"Wir finden, dass das derzeitige Management durch Angst erfolgt, sowohl in Bezug auf die Botschaft als auch auf das Management. Manchmal dachten wir, das Management sei rücksichtsvoll, aber am Ende haben wir den Eindruck, dass selbst die Entscheidungsträger von Angst ergriffen sind und Entscheidungen treffen, die nicht optimal sind."

"Seit den ersten Eindämmungsversuchen ist es nicht mehr nur eine Gesundheitskrise, sondern auch eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Krise. Wir wollen deshalb einen Aufruf zu einer offenen Debatte über die Bewältigung dieser Krise starten.

Von Anfang an gab es eine ganze Reihe von Task Forces. Wir haben den Eindruck, dass die Verantwortlichen nur auf diese Gremien hören.

Warum? Aber diese Organisationen akzeptieren keine anderen Visionen als ihre eigenen.

Wir denken, dass die schlimmste Krise, die unser Land seit dem Krieg erlebt hat, etwas Besseres verdient."

Ich habe im Ausschuss die Anfrage gemacht, dass man auch Personen anhört, welche eine andere Meinung vertreten als die Experten der Föderalregierung.

Es gab eine rege Aussprache dazu.

Und es wurde dann vereinbart, dass, wenn ein entsprechender konkreter Antrag eingereicht wird, dieser zur Diskussion kommt.

Ich habe heute diesen Antrag an den Vorsitzenden eingereicht mit der Bitte, dies auf die nächste Tagesordnung zu setzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
ich werde also in der kommenden Sitzung meine Argumente dazu vertiefen und ich würde mir wünschen, wir würden dazu eine sachliche Debatte führen.

Ich möchte hervorheben, dass die Sitzungen des Ausschusses bis dato sachlich und gut organisiert waren und es teilweise auch tiefgründige Diskussionen gab.

Aber, wie eingangs gesagt: Dies ist nur ein Anfang.

Denn noch können wir nicht davon sprechen, so wie es im Ausschussbericht vermerkt ist, dass die bisherigen Anhörungen tiefe und umfassende Einblicke in das bedeutende Ausmaß der Krise ermöglichten, denn das war es nicht.
Es war nur ein Anfang.

Und ich würde beim Abschlussbericht diesem Satz gerne zustimmen, aber dafür liegt noch viel Arbeit vor uns.

Und vor allem ein gesunder, kontroverser Austausch, auch mit Kritikern der Maßnahmen, mit Forschern, Ärzten und Juristen welche Alternativen aufzeigen und eine andere Herangehensweise fordern.

In diesem Sinne hoffe ich auf eine allgemeine Versachlichung in der gesamten Debatte zum Thema Corona.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Michael Balter
Vivant-Fraktion